

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 39 (1964)
Heft: 7

Vereinsnachrichten: Protokoll der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

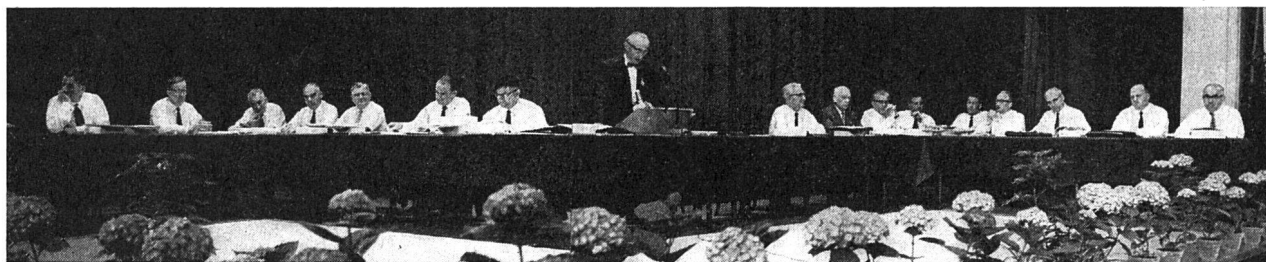
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Man kann von den gefaßten Beschlüssen keine Wunder erwarten. Doch ist damit zu rechnen, daß die Gefahr der Überfremdung wesentlich verringert werden kann. Dadurch wird schon ein wichtiger Faktor der Teuerung ausgeschaltet. Diese selbst wird nicht ganz beseitigt werden können, solange die Preise in andern Ländern weiter steigen. Es kann aber eine *Verlangsamung* erzielt werden. Es ist jedenfalls mit einer günstigeren Entwicklung zu rechnen, als wenn nichts unternommen würde. Nachteilige Wirkungen als Folge der getroffenen Maßnahmen sind im allgemeinen nicht zu befürchten. Die

Zinsverteuerung war schon vorher im Gang. Sie muß allerdings ständig im Auge behalten werden. Der Kampf gegen die Teuerung beschäftigt zurzeit die Regierungen fast aller europäischen Länder. Der Ministerrat der EWG hat den Mitgliedstaaten Maßnahmen empfohlen, die teilweise übereinstimmen mit dem, was bei uns gemacht wird. Es ist zu hoffen, daß es in den umliegenden Ländern gelingt, der Teuerung Einhalt zu gebieten; das wird die in der Schweiz getroffene Konjunkturpolitik unterstützen und erfolgreicher gestalten.



Protokoll der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen

Samstag, den 30. Mai 1964, 15 Uhr, im großen Festsaal der Mustermesse Basel

Der Präsident, Herr alt Nationalrat *Paul Steinmann*, Zürich, eröffnet um 15.15 Uhr die Delegiertenversammlung. Er heißt die rund 600 erschienenen Delegierten im Namen des Zentralvorstandes herzlich willkommen. Der Verein für Wohnungswesen und Bund der Wohngenossenschaften beider Basel war schon öfters Gastgeber für unsere Delegiertenversammlungen. Hiefür und weil die Übernahme und die Organisation einer Verbandstagung mit viel Arbeit verbunden ist, spricht der Vorsitzende der Sektion Basel den besten Dank aus. Basel beziehungsweise die große konsumgenossenschaftliche Organisation des VSK stellt uns jeweils für unsere Bildungsveranstaltungen auch die Räume des Genossenschaftlichen Seminars in Muttens zur Verfügung. Wir tagen also auf gutem genossenschaftlichem Boden, und der Präsident verdankt auch die Willkommensgrüße in der Zeitschrift «das Wohnen» und in der lokalen Presse.

Herr Steinmann schließt diesen Dankesworten einige kurze Bemerkungen zur derzeitigen Situation in der schweizerischen Wohnungswirtschaft an. Leider steht es mit derselben sehr schlimm, und die Aussichten auf eine Besserung sind gering. Das Wohnungsangebot in den Städten und größeren Orten ist gleich Null. Die Preise für Neubauwohnungen steigen ins Unsinnige, und immer mehr verschwinden billige Altwohnungen durch Abbruch und Umbauten. Die vom Bundesrat in seiner Botschaft vom 20. März 1964 beantragte neue Lockerung des Mieterschutzes wird eine neue, stark spürbare Verschlechterung für die betreffenden Mieterkreise bringen. Außerdem wird die neu in Gang gesetzte Erhöhung der Hypothekarzinsen der Mietzinserhöhung weiteren starken Auftrieb geben, und die gegenwärtige Kreditverknappung kann dazu führen, daß Projekte, die oft nach jahrelanger mühseliger Vorarbeit baureif geworden sind, nun an der Finanzierung scheitern werden.

Mit diesen einleitenden Worten wird die Delegiertenversammlung als eröffnet erklärt. Von den anwesenden Vertretern und Gästen werden namentlich begrüßt:

Die Herren Regierungsräte Dr. E. Wyß und F. Hauser; Herr Großratspräsident M. Bruckner; Herr Dr. C. H. Schrag vom

Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement; Herr E. Lodewig von der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung; Herr H. Balbi vom Schweizerischen Verband sozialer Baubetriebe; Herr Dr. W. Ruf und Fräulein A. Schweizer vom Verband schweizerischer Konsumvereine; die Herren Dr. A. Schnurrenberger und E. Röthlisberger von der Genossenschaftlichen Zentralbank; die Herren H. Bänninger und H. Ramp von der Zürcher Kantonalbank; die Herren O. Müller, E. Müller, P. Mesmer und H. Marending von der COOP-Lebensversicherungs-Genossenschaft; Herr H. Portmann von der Hypothekarbürgschafts-Genossenschaft und die Herren H. L. Freyvogel und F. Kugler von der Schweizerischen Depeschagentur.

Entschuldigt abwesend sind vom Zentralvorstand: die Herren K. Aegerter, Thun, G. Balsiger, Wettingen, Prof. H. Kunz, Tagelswangen, A. Maurer, Zürich, und J. P. Vouga, Lausanne. Herr W. Pfister begrüßt die Delegierten namens der organisierenden Sektion, der es eine Freude war, die Verbandstagung durchführen zu dürfen. Er verdankt einen hiefür von der Regierung des Kantons Baselstadt erhaltenen Zustupf und die vom VSK und der COOP-Lebensversicherung aufliegenden Präsente. Mit einigen Mitteilungen zum Tagesprogramm wünscht er der Delegiertenversammlung einen guten Verlauf. Herr Regierungsrat Dr. E. Wyß entbietet den Delegierten namens der Behörden von Baselstadt die besten Grüße. Er weiß, daß die Probleme des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen äußerst schwierig und nicht leicht lösbar sind. Er verweist auf die Situation im Wohnungsbau der Stadt Basel, wo insbesondere der Mangel an Bauland hemmend wirke. Es erfüllt ihn mit Genugtuung, daß die Wohnbaugenossenschaften trotz allen Schwierigkeiten, die sich ihnen entgegenstellen, willens sind, weiter und vermehrt in das künftige Gesehehen einzugreifen. Er ist überzeugt, daß in Zusammenarbeit mit andern interessierten Kreisen unser Verband noch weitere Entwicklungsmöglichkeiten hat. Der Regierungsrat von Baselstadt verfolge deshalb unsere Bestrebungen mit großem Interesse und wünsche uns dazu einen vollen Erfolg.

Der Vorsitzende verdankt diese freundlichen Begrüßungsworte und Gesten. Er nimmt die Gelegenheit wahr, des kürzlich verstorbenen ehemaligen Zentralpräsidenten Dr. Hans Peter sowie des langjährigen Mitgliedes des Zentralvorstandes, Dr.

Emil Klöti, Ständerat, in ehrenden Worten zu gedenken. Die Delegierten erheben sich zum stillen Gedenken an die beiden Verstorbenen von den Sitzen.

Die *Traktandenliste* wird, wie sie in der Tagungsnummer des «Wohnens» vorliegt, genehmigt. Als *Stimmenzähler* werden die Herren Frehner (1), Ehrismann, Frehner (2), Bütsch, Signer, Wolfensberger, Frehner (3) und Schumacher bestimmt. Als *Tagessekretär* wird Herr G. Killer, Protokollführer der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich, gewählt.

Herr Prof. R. Gerber, Neuenburg, amtiert als Übersetzer für die welschen Delegierten. Die Simultananlage ist uns in verdankenswerter Weise vom Eisenbahnverband zur Verfügung gestellt worden.

1. Protokollabnahme

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 8. Juni 1963 in Interlaken, erschienen in Nr. 7/1963 der Zeitschrift «das Wohnen», wird unter Verdankung an den Verfasser genehmigt.

2. Jahresbericht des Zentralvorstandes

Der Präsident verweist auf den in der Tagungsnummer der Zeitschrift «das Wohnen», Nr. 5/1964, publizierten Jahresbericht pro 1963. Verfasser desselben ist der seit 1. August 1963 gewählte neue Sekretär, Herr Karl Zürcher, der bis anhin als Sekretär des Schweizerischen Textil- und Fabrikarbeiterverbandes tätig war. Als langjähriges Mitglied einer Baugenossenschaft in St. Gallen machte er sich sehr rasch mit den Aufgaben und Problemen unseres Verbandes vertraut. Der Jahresbericht wird abschnittsweise zur Diskussion gestellt. Dieser wird, nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, von der Delegiertenversammlung einstimmig genehmigt.

3. Jahresrechnung 1963

- a) Fonds de roulement
- b) Verbandsorgan «das Wohnen»
- c) Schweizerischer Verband für Wohnungswesen
- d) Schulungs- und Bildungsfonds

Der *Vorsitzende* verweist auf die in Nr. 5/1964 der Zeitschrift «das Wohnen» erschienenen Rechnungsauszüge und stellt diese zur Diskussion. Eine solche wird nicht gewünscht.

4. Bericht der Kontrollstelle und Entlastung des Zentralvorstandes

Die Herren R. Bolliger, Unterentfelden, J. Güttinger, Winterthur, und E. Müller, Binningen, unterbreiten namens der Kontrollstelle folgenden Bericht und Antrag:

«In unserer Eigenschaft als Kontrollstelle Ihres Verbandes erstatten wir Ihnen den Revisionsbericht über die Jahresrechnung 1963 des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen, der Zeitschrift «das Wohnen», des Fonds de roulement und des Bildungsfonds. Durch umfangreiche formelle und rechnerische Stichproben haben wir die erwähnten Rechnungen am 1. Februar 1964 in Zürich geprüft. Bei allen unseren Kontrollen sind wir auf keine Differenzen gestoßen.

Wir beantragen Ihnen:

1. die per 31. Dezember 1963 abgeschlossene Jahresrechnung des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen mit einer Vermögensvermehrung von Fr. 3814.45 und einem Vermögen von Fr. 84 419.80,
2. die Rechnung 1963 der Zeitschrift «das Wohnen» mit einem Ertragsüberschuß von Fr. 8988.35,
3. die Jahresrechnung «Fonds de roulement» mit einem Vermögen von Fr. 200 000.— und
4. die Jahresrechnung des Bildungsfonds mit einem Kapital von Fr. 16 524.70.

zu genehmigen und die verantwortlichen Organe zu entlasten. Sämtlichen Behörden und Funktionären des Verbandes, insbesondere dem Rechnungsführer, Herrn Emil Sager, sprechen wir für die äußerst gewissenhafte Arbeit unseren besten Dank aus.»

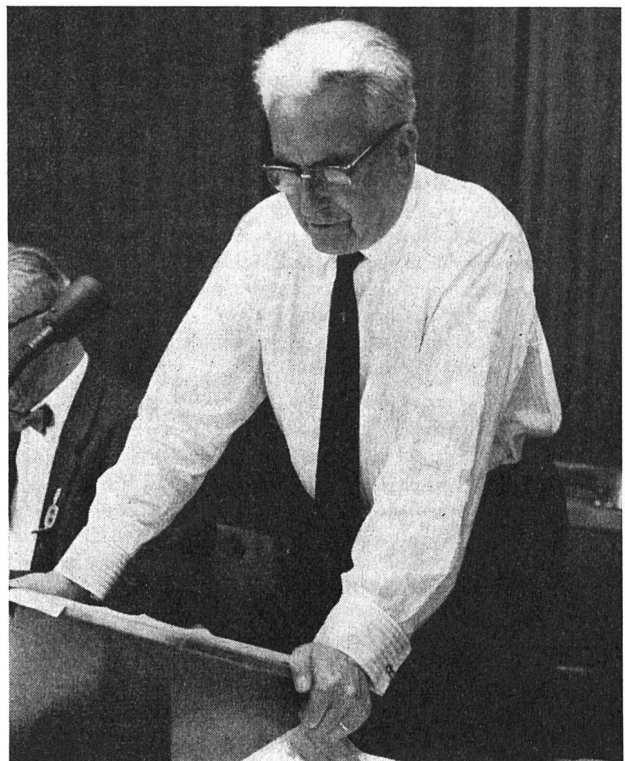
Die Delegiertenversammlung stimmt diesem Antrag einstimmig zu. Der *Vorsitzende* benützt die Gelegenheit, auch seinerseits dem Kassier und der Kontrollstelle für die geleistete Arbeit bestens zu danken.

5. Festsetzung des Jahresbeitrages

Der *Präsident* verweist auf den schriftlichen Antrag des Zentralvorstandes in der Einladung zur Jahrestagung, wonach dieser, gestützt auf den Beschluß der letztjährigen Delegiertenversammlung (Schaffung eines vollamtlichen Sekretariates) beantragt, den Jahresbeitrag von 25 auf 45 Rappen pro Wohnung zu erhöhen. Der Kassier, Herr E. Sager, Zürich, begründet diesen Antrag, indem er auf die vor 15 Jahren erfolgte Übernahme der Verbandszeitschrift «das Wohnen» in eigene Regie hinweist, woraus unser Verband all die Jahre hindurch großen Nutzen zog. Trotzdem mußte 1957 der Jahresbeitrag von 20 auf 25 Rappen pro Wohnung erhöht werden. Wohl wurden die gewaltig gestiegenen Druckkosten durch Erhöhung der Insertions- und Abonnementspreise einigermaßen ausgeglichen. Die erzielten Überschüsse genügen aber nicht, das vollamtliche Sekretariat zu finanzieren, weshalb man mit dem bisherigen Jahresbeitrag von 25 Rappen pro Wohnung nicht mehr wirtschaften kann. Er empfiehlt, der Erhöhung auf 45 Rappen zuzustimmen.

Der *Vorsitzende* verdankt die Ausführungen und fügt diesen bei, daß sich der Zentralvorstand sehr eingehend mit dieser Beitragserhöhung beschäftigt habe. Eine Konferenz der Sektionsvorstände habe dem Antrag ebenfalls die Zustimmung gegeben. Die Beitragserhöhung werde es ermöglichen, unsern Verband weiter auszubauen und aktionsfähiger zu gestalten. Herr Frehner, Winterthur, hat nichts gegen die vorgeschlagene Beitragserhöhung einzuwenden, dagegen hätte er es begrüßt, wenn die vom zurückgetretenen Sekretär H. Gerteis geleistete langjährige Arbeit eine bessere Würdigung erfahren hätte. Er findet, daß letztes Jahr die Verabschiedung in Interlaken etwas gar «trocken» ausgefallen ist, und beantragt deshalb, Herrn Gerteis einen Blumengruß ans Krankenbett zu schicken und ihm damit unsere Verbundenheit zum Ausdruck zu bringen.

Emil Sager, der langjährige Zentralkassier, gab seinen vielbedauerten Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen bekannt



Der *Präsident* ist gerne bereit, diesem Wunsche zu entsprechen. Leider habe er erst heute vormittag von der Krankheit von Hch. Gerteis Kenntnis erhalten; dessen Verdienste um unsern Verband seien aber nicht vergessen.

Herr *Maret*, Lausanne, beantragt namens der Section Romande Zustimmung zum Antrag des Zentralvorstandes.

Das Wort wird nicht weiter verlangt und der Antrag von der Delegiertenversammlung einstimmig genehmigt.

6. Ersatzwahlen in den Zentralvorstand

Der *Vorsitzende* teilt mit, daß sich unser Kassier, Herr Emil Sager, Zürich, genötigt sieht, aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt zu nehmen. Herr Sager ist schon seit Jahrzehnten in der Baugenossenschaftsbewegung tätig. Seit 1951 bis heute wirkte er als vortrefflicher und gewissenhafter Kassier unseres Verbandes. Der Zentralvorstand und auch die Delegiertenversammlung sind ihm für seine großen und langjährigen Dienste von Herzen dankbar. Als kleines Zeichen hiefür wird ihm ein Blumengebinde und ein schönes Buch überreicht, mit dem gleichzeitigen Wunsche, daß er sich durch die Arbeitserleichterung recht bald gesundheitlich erholen möge.

Herr *E. Sager* hätte gerne noch seine Amtszeit fertig gemacht, doch seien es tatsächlich gesundheitliche Gründe, die ihm Halt gebieten. Er denke mit Freuden zurück an die Jahre, die er in der Genossenschaftsbewegung mitgemacht, und es sei an ihm, zu danken für das Vertrauen und das Verständnis, das man ihm entgegengebracht hat. Besonders Dank zollt er den beiden Angestellten auf dem Büro unserer Zeitschrift «das Wohnen» für ihre treue Arbeit und den Vorstandsmitgliedern für ihre Kollegialität. Dem Verband wünscht er weiterhin alles Gute.

Herr *E. Stutz*, Zürich, bedauert den Rücktritt von Herrn Sager und bringt als Nachfolger für den Zurücktretenden Herrn *Robert Bernasconi*, Verwalter der Baugenossenschaft der Straßenbahner, Zürich, in Vorschlag. Es sei nicht leicht gewesen, die Zusage von Herrn Bernasconi für dieses schwere Amt zu erhalten, und er möchte nur bitten, dieser Nomination zuzustimmen.

Andere Vorschläge werden nicht gemacht, und Herr Robert Bernasconi wird einstimmig als neuer Kassier gewählt.

Als zweiten Rücktritt gibt der *Vorsitzende* denjenigen von Herrn Karl Aegerter, Thun, bekannt, der wegen andauernder Krankheit sowohl als Präsident der Sektion Bern wie als Mitglied des Zentralvorstandes seinen Rücktritt erklärte. Herr Aegerter kann ebenfalls auf viele Jahre erfolgreichen Wirkens in der Genossenschaftsbewegung zurückblicken, und unser Verband verliert in ihm einen guten und eifrigen Mitarbeiter. Als bescheidener Dank soll auch Herrn Aegerter ein Blumen-
groß zugestellt werden, gleichzeitig mit den besten Wünschen für baldige Genesung.

Herr *L. Schmid*, Bern, schlägt als Nachfolger für den Zurücktretenden den neuen Präsidenten der Sektion Bern, Herrn *Kurt Iseli*, kantonalen Beamten, Biel, vor.

Andere Nominationen werden nicht gemacht, und der vorgeschlagene wird einstimmig gewählt.

7. Wahl der Kontrollstelle

Statutengemäß besteht die Kontrollstelle aus drei Mitgliedern und zwei Ersatzleuten. Ihre Wahl erfolgt durch die Delegiertenversammlung, wobei jedes Jahr das amtsälteste Mitglied ausscheidet. Für dieses Jahr hat Herr R. Bolliger, Unterentfelden, auszuscheiden. Ferner ist der bisherige 1. Ersatzmann, Herr R. Bernasconi, Zürich, zufolge seiner Wahl in den Zentralvorstand zu ersetzen.

Der *Vorsitzende* beantragt die beiden Bisherigen: Herrn *J. Güttinger*, Winterthur, und Herrn *E. Müller*, Binningen, sowie das bisherige Ersatzmitglied Herrn *A. Rochat*, Montreux, in globo zu wählen. Die Delegiertenversammlung beschließt einstimmig in diesem Sinne. Als Ersatzleute werden neu die Herren *Karl*

Frehner, Bücherexperte, Zürich, und *Willi Rüegg*, Chefbuchhalter, Luzern, nominiert und ebenfalls einstimmig gewählt.

8. Das Arbeitsprogramm des Verbandes

Der *Präsident* verweist auf das in Nr. 2/1964 der Zeitschrift «das Wohnen» veröffentlichte und durch die Vorstandskonferenz am 22. Februar 1964 genehmigte Arbeitsprogramm des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen. Es ersetzt das Aktionsprogramm vom 7. Juni 1949. Um Zeit zu gewinnen für das nachfolgende Traktandum, beantragt der *Vorsitzende*, das Arbeitsprogramm abschnittsweise zu behandeln. Es erfolgen keine Wortmeldungen. Das neue Arbeitsprogramm des Verbandes, wie es publiziert wurde und gedruckt vorliegt, wird von der Delegiertenversammlung einstimmig gutgeheißen.

9. Referat von Nationalrat Prof. Dr. Max Weber: Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung und der Überfremdung

Der *Vorsitzende* dankt dem Referenten im voraus, daß er sich bereit erklärt hat, uns kraft seiner politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit über dieses äußerst wichtige Thema einen Überblick zu geben.

Herr Nationalrat *Prof. Dr. Max Weber*, Bern, gibt einleitend bekannt, daß seine Ausführungen zu den beiden Bundesbeschlüssen nur grundsätzlicher und allgemeiner Natur sein können. Er stellt dabei die Frage der Überfremdung in den Vordergrund und weist auf die Gefahren hin, die die Überfremdung – in der Industrie beträgt der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte ungefähr 36 Prozent – mit sich bringt. Die steigende Zahl von Ausländern habe – neben der Belastung des Wohnungsmarktes – eine Verschärfung der Teuerung zur Folge, dazu aber – wegen der absinkenden Qualität der ausländischen Arbeitskräfte – auch eine Verminderung des Produktivitätszuwachses. All diese Auswirkungen wurden lange Zeit nicht genügend erkannt, wobei noch als weitere Folge die Veränderung des Volkscharakters hinzukommt.

Was die eigentliche Teuerungsbekämpfung anbelangt, so weist Herr Prof. Weber darauf hin, daß tatsächlich die Kreditbeschränkung, verbunden mit der Verknappung des Kapitals, zu einer Zinssteigerung geführt habe. Die Wirksamkeit des Baubeschlusses hänge aber gerade davon ab, daß diese unerwünschte Folge nicht eintrete, und sie sei – wirtschaftlich gesehen – auch nicht zwangsläufig. – Durch diesen Baubeschluß soll versucht werden, ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu schaffen; die Nachfrage müsse also der Baukapazität angepaßt werden. – Nebenbei möchte er die Gelegenheit benützen zu einem Appell an die Wohnbaugenossenschaften, wenn immer möglich die neue Wohnbauvorlage in Anspruch zu nehmen! Was die Aussichten für die Zukunft anbelangt, so erklärt der Referent, daß mit Hilfe der erlassenen Beschlüsse das Überfremdungsproblem gelöst werden könne. Die Beseitigung der Teuerung dürfte schwieriger sein, doch verspricht er sich immerhin eine Dämpfung. Man müsse berücksichtigen, daß unser nationales Preisniveau stark von den internationalen wirtschaftlichen Verhältnissen abhängt und daß uns die Durchführung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung stark erleichtert würde, wenn auch die von der EWG vorgesehenen Maßnahmen – die allerdings teilweise auch auf Widerstände stoßen – Erfolg hätten.

Im Interesse der breiten Volksschichten dürfen wir uns für die Bundesmaßnahmen als Gesamtkonzeption mit gutem Gewissen einsetzen. Sie haben bereits für eine gewisse Dämpfung auf dem Arbeitsmarkt gesorgt.

Wann die Volksabstimmung stattfindet, ist noch nicht bekannt. Der Abstimmungskampf werde jedenfalls sehr heftig sein, wobei die Gegner über große finanzielle Mittel verfügen werden.

Abschließend erklärt sich Herr Prof. Weber gerne zur Beantwortung von Anfragen bereit, sofern dies gewünscht wird.

Der *Präsident* verdankt das von der Delegiertenversammlung



Die Tische der Gäste und der Presse



Eine Neuerung: Zum erstenmal folgten unsere welschen Freunde den Verhandlungen unter Mithilfe einer Simultan-Übersetzungsanlage

mit großem Beifall aufgenommene Referat, dem auch entnommen werden konnte, wie kompliziert und vielgestaltig heute die Probleme liegen. Das Wort wird für die Diskussion freigegeben.

Herr *Ochsner*, Zürich, stellt die Anfrage, wie zum Beispiel die in die Hunderte von Millionen gehenden öffentlichen Bauvorhaben der Stadt Zürich ohne ausländische Arbeiter bewältigt werden sollen. Er könne einfach nichts anderes feststellen, als daß es überall an einheimischen Arbeitskräften fehle. Um so unverständlicher findet er es, daß die Gastarbeiter vielerorts schlecht behandelt werden.

Herr *Dr. Schaller*, Zürich, stimmt den Ausführungen von Herrn Prof. Weber größtenteils zu. Hingegen sieht er die vorgesehene Plafonierung der Fremdarbeiter als verfehlt an. Dadurch, daß diese aus der Landschaft in die Städte geholt werden und die Gastarbeiter ihre Familien nachnehmen, werde die Wohnungsnot immer größer. Er verlangt eine zahlenmäßige Beschränkung der ausländischen Arbeitnehmer pro Betrieb.

Herr *Maret*, Lausanne, äußert sich in ähnlichem Sinne.

Herr *J. Peter*, Zürich, macht darauf aufmerksam, daß die Situation auf dem Zinsssektor schon vorher schlimm war und nur erst jetzt sichtbar werde. Die Lage wäre aber weit ungünstiger, wenn die vom Bund getroffenen Maßnahmen nicht erfolgt wären. Es ist ihm unverständlich, daß man heute noch Auslandsanleihen auflegen läßt. Seiner Ansicht nach könnte man auch hierin eine Dämpfung vornehmen.

Herr *Hollinger*, Brugg, sieht das Fremdarbeiterproblem nicht nur von der wirtschaftlichen Seite, sondern vielmehr in bezug auf die Gefahren einer Übervölkerung der Schweiz. Er ist der Auffassung, daß wir uns endlich auf unsere eigene Kraft und unsere Zukunft ausrichten sollten.

Der *Vorsitzende* macht darauf aufmerksam, daß der vorgerückten Zeit wegen die Diskussion geschlossen werden sollte. Die Delegiertenversammlung erklärt sich damit einverstanden.

Herr Prof. *Dr. Weber* antwortet noch den verschiedenen Diskussionsrednern. In bezug auf das Fremdarbeiterproblem werde demnächst eine größere Publikation des BIGA erscheinen, die er zum Studium empfehlen möchte. Das Begehren betreffend einer betriebsweisen Beschränkung der Fremdarbeiterzuteilungen sei nicht so einfach, weil verschiedene Betriebe eine gewisse Flexibilität beanspruchen. Mit den Voten von alt Stadtrat *J. Peter* wegen der Zinserhöhung und der Auslandsanleihen geht er vollständig einig. Abschließend ist er der unbedingten Auffassung, daß die Baukosten von dem Momente an weniger stark steigen werden, wenn man die Nachfrage eindämmen könne. Er begreift die Mißstimmigkeiten und die Kritik, doch seien die Plafonierung der Fremdarbeiter und die Baumaßnahmen einfach notwendig. Durch Aufklärung müsse man nun dafür sorgen, daß jeder Schweizer Bürger darüber Bescheid wisse und instande sei, den richtigen Entscheid zu treffen.

Der *Vorsitzende* verdankt auch diese Äußerungen und gibt bekannt, daß der Zentralvorstand heute morgen beschlossen habe, der Delegiertenversammlung die nachstehende *Resolution* zu unterbreiten:

«Der Schweizerische Verband für Wohnungswesen, dessen 372 Mitgliedgenossenschaften über 58 000 Wohnungen betreuen, macht mit tiefer Besorgnis auf die derzeit rapid wachsenden Schwierigkeiten beim Bau neuer Wohnungen aufmerksam. Er hält die Schlußfolgerungen der Eidgenössischen Wohnbaukommission für ungenügend. Der Verband appelliert dringend an die Behörden des Bundes und der Kantone sowie die weiteren öffentlichen und privaten, für den Wohnungsbau verantwortlichen Instanzen, mit allen Mitteln

- a) dem Steigen der Hypothekarzinsen energisch entgegenzuarbeiten,
 - b) die Finanzierung des sozialen und gemeinnützigen allgemeinen Wohnungsbaus mindestens im Rahmen der bis anhin gewohnten Belehnungsgrenzen zu sichern,
 - c) durch zielbewußten Kauf oder entsprechende Belehnung von Bauland die Errichtung von Siedlungen im Interesse eines wirksamen Drucks auf die Mietzinse entschieden zu fördern,
 - d) die speziell für den sozialen Wohnungsbau bereitzustellenden Mittel bedeutend höher anzusetzen, als sie in den vom Bund in Aussicht gestellten Maßnahmen vorgesehen sind.
- Ohne den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt kann an einen weiteren Abbau der Mietzinskontrolle nicht gedacht werden. Der Kampf gegen die Teuerung und Inflation wird nur dann ein Erfolg sein, wenn es gelingt, die Wohnungs- und Mietzinsnot zu beseitigen. Die Bau- und Wohnungsgenossenschaften des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen sind bereit, mit allen Kräften an diesen für das wirtschaftliche und soziale Wohl unseres Landes entscheidenden Aufgaben mitzuwirken.»

Ohne Wortmeldungen wird die Resolution von der Delegiertenversammlung einstimmig gutgeheißen.

Der *Präsident* teilt noch mit, daß zur Klärung der in letzter Zeit öfters diskutierten Frage betreffend die Restfinanzierung eine Kommission gebildet wurde mit den Herren H. Portmann, Präsident der Bürgschaftsgenossenschaft, J. Peter, alt Stadtrat, W. Pfister, Basel, und K. Zürcher, Sekretär. Die Kommission wird ein Arbeitsprogramm und Richtlinien ausarbeiten.

Ferner ist wieder die Durchführung von Bildungskursen am 12./13. September und am 26./27. September 1964 vorgesehen. Mit einem nochmaligen Hinweis auf die gegenwärtige Situation in der schweizerischen Wohnwirtschaft, einem Dank für den großen Aufmarsch und einen Appell an alle Delegierten und Vorstände, sich weiter für unsere Ziele einzusetzen, schließt der *Vorsitzende* um 18.20 Uhr die Delegiertenversammlung.

Der Tagessekretär: *Gottfried Killer*